

Presstext**CDU-Stellungnahme zur öffentlichen Diskussion
um die zusätzliche Aufnahme von unbegleiteten
minderjährigen Flüchtlingen aus Moria**

Seit zwei Wochen schlägt eine Ratsentscheidung in Kevelaer hohe Wellen. CDU und KBV haben am 13. Februar 2020 gegen eine von Bürgermeister Dr. Dominik Pichler forcierte Ratsvorlage der Verwaltung gestimmt, mit der sich die Stadt Kevelaer bereit erklären sollte, unabhängig von der geltenden Asyl- und Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union zehn unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aus einem Flüchtlingslager auf europäischem Boden, konkret von der griechischen Insel Lesbos, aufzunehmen. Mit Kritik seitens der Befürworter der Vorlage und entsprechender Berichterstattung und Kommentierung in den Medien war zu rechnen, doch dass die Ratsmitglieder der CDU Kevelaer im Aufruf zu einer „Mahnwache gegen Hass und für Mitmenschlichkeit“ am 27. Februar mit Faschisten und dem rassistisch motivierten Massenmörder von Hanau in eine Reihe gestellt wurden, geht weit über ein hinnehmbares Maß hinaus. Denn die wortmächtige Empörung lässt die sachlichen Gründe für die Haltung der CDU außen vor. Diese seien daher hier noch einmal benannt.

Vor dem Hintergrund der damaligen Flüchtlingssituation auf dem Mittelmeer hat der Rat der Stadt Kevelaer am 11. Juli 2019 mit den Stimmen der CDU beschlossen, sich mit der Initiative „Seebrücke“ zu solidarisieren und Kevelaer zum „Sicheren Hafen“ zu erklären. Das bedeutete konkret, dass sich die Stadt bereit erklärt, zusätzlich zu der bestehenden Aufnahmeverpflichtung 20 weitere aus Seenot gerettete Flüchtlinge, denen zu diesem Zeitpunkt die Anlandung im nächstliegenden EU-Land Italien verwehrt wurde, aufzunehmen. Vorzugsweise sollte es sich dabei um Familien handeln. Durch die weitere politische Entwicklung in Italien und die Entscheidung der deutschen Regierung, ein Viertel der aus Seenot geretteten Menschen aufzunehmen, mussten Bund und Länder bisher nicht auf dieses Angebot der Sicheren Häfen zurückgreifen.

Nach einem Treffen von Vertretern der Sicheren Häfen in NRW am 15. Januar 2020 machte der Bürgermeister diesen bestehenden Ratsbeschluss zur Grundlage einer neuen Beschlussvorlage, über die die lokale Presse früher informiert war als die Ratsfraktionen.

Presstext

Demnach sollte das bestehende Aufnahmeangebot auf „die hilfsbedürftigsten Personen in prekären humanitären Situationen in Auffanglagern“ ausgedehnt werden. Konkret ging es darum, einmalig zehn Flüchtlinge aus der Gruppe Unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge aufzunehmen. Jeder, der die Berichte und Bilder aus den Flüchtlingslagern dieser Welt kennt, kann die humanitären Beweggründe für eine solche Absicht nachvollziehen, doch die politischen, rechtlichen und auch die finanziellen Implikationen, die damit verbunden sind, wurden in der Vorlage des Bürgermeisters kaum oder gar nicht dargestellt. Tatsächlich bewegt sich ein kommunalpolitisches Gremium, das ihr zustimmt, außerhalb des ihm gesetzten Rahmens und macht sich rechtlich angreifbar. Und das aus folgenden Gründen:

1. Der Ratsbeschluss vom 11. Juli 2019 bezog sich auf Menschen, die sich in internationalen Gewässern in konkreter Lebensgefahr befanden – in der neuen Vorlage geht es dagegen um Menschen, die bereits in einem sicheren EU-Land registriert und damit in die offiziellen Wege der Flüchtlingspolitik eingebunden sind.
2. Die in der neuen Vorlage formulierte Aufforderung an den Bund, „von Artikel 17 Dublin III-VO verstärkt Gebrauch zu machen und die [von den Sicheren Häfen NRW] kumuliert angebotenen Aufnahmeplätze in Anspruch zu nehmen“, hat keine gesetzliche Grundlage, da eine Gemeindevertretung in ihren Aufgaben und Kompetenzen auf „Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze“ beschränkt ist. Flüchtlings- und Asylpolitik auf Bundes- und EU-Ebene gehören nicht dazu.
3. Der Deutsche Bundestag hat am 29. Januar 2020 mit den Stimmen der SPD, FDP und CDU die zusätzliche Aufnahme von Flüchtlingskindern aus Griechenland abgelehnt. Weder die „Seebrücke“ noch ein „Sicherer Hafen“ kann in Eigenregie auch nur einen Flüchtling nach Deutschland holen. Dies kann nur über die entsprechenden staatlichen Organe und unter Einhaltung der aktuell gültigen Rechtslage erfolgen. Alles andere wäre ein Rechtsbruch, wie ihn Schleuser begehen, und würde entsprechend behandelt.
4. Ein Beschluss des Rates der Stadt Kevelaer, der sich über den hier skizzierten gesetzlichen Rahmen hinwegsetzt, überschreitet

Presstext

die in § 28 Abs 2 des Grundgesetzes festgeschriebenen Befugnisse und Aufgaben kommunaler Organe – er wäre daher nach unserer Auffassung von höherer Stelle zu beanstanden gewesen.

Alles das wissen auch der Bürgermeister und die Fraktionen der SPD, der Grünen und der FDP. Warum sie sich darüber hinwegsetzten, bleibt ihnen überlassen, doch es ist offensichtlich, dass der angestrebte Ratsbeschluss unter den aktuellen Gegebenheiten nicht gefasst werden konnte. Auch die in der Ratssitzung zu hörende Umdeutung zu einem „humanitären Signal an die Landes- und Bundesregierung“ oder zu einem „Vorratsbeschluss für den Fall, dass ...“ ändert nichts an der rechtlichen Situation. Fazit: Selbst wenn auch CDU und KBV aus Sorge vor dem nun eingetretenen Entrüstungssturm dem Beschluss zugestimmt und ihn niemand beanstandet hätte, wäre es ein reiner Akt von Symbolpolitik gewesen, bei dem den Worten gar keine Taten folgen können!

Wie aber kann man nun wirklich helfen? Die Bundesregierung aus CDU und SPD setzt auf praktische Hilfe vor Ort, um die Situation für alle Menschen in den überfüllten Lagern direkt und unmittelbar zu verbessern und die zügige Bearbeitung der Anträge durch die griechischen Behörden zu ermöglichen. Entsprechende Maßnahmen sind bereits veranlasst. Darüber hinaus wird eine europäische Flüchtlings- und Migrationspolitik, die sich auf Ursachenbekämpfung und einheitliche, klar definierte Verfahren konzentriert, ein Schwerpunktthema sein, wenn Deutschland im Juli die EU-Ratspräsidentschaft übernimmt. Und wenn die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Aufnahme von weiteren Flüchtlingen gesetzt sind, wird sich die CDU Kevelaer wie auch bisher dafür einsetzen, dass diese Neubürger – Kinder, Jugendliche und Erwachsene gleichermaßen – in unserer Stadt aufgenommen und integriert werden und sich auf eine selbstbestimmte Zukunft vorbereiten können.